

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
Band: 27 (2015)
Heft: 106

Artikel: Wahlen 2015 : was Politiker über Wissenschaft denken
Autor: Amrhein, Valentin / Saraga, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-772270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

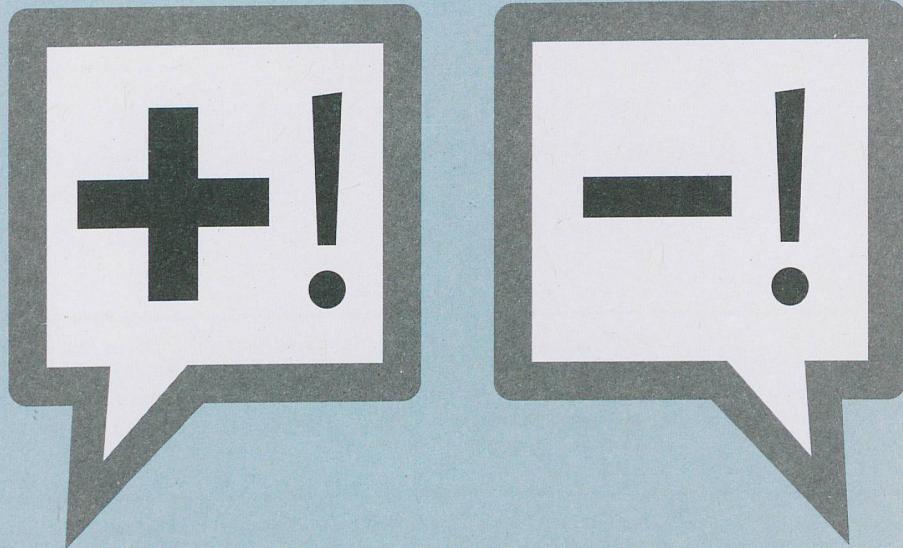
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Wahlen 2015: Was Politiker über Wissenschaft denken

Geht es um Wissenschaft, stimmen die Parteien entlang von zwei Dimensionen ab, sagt Polit-Geograf Michael Hermann. Das spiegelt sich auch in den Antworten der Parteispitzen auf vier wissenschaftspolitische Fragen von Horizonte.

Von Valentin Amrhein und Daniel Saraga

Wie verlaufen bei wissenschaftspolitischen Fragen die Fronten im Parteienspektrum? Vor allem entlang von zwei Dimensionen, erklärt Polit-Geograf Michael Hermann. Die erste Dimension sind die Geldmittel für die Wissenschaft. Hier gilt: investieren links versus sparen rechts. Die zweite Dimension, die nicht nach dem Links-rechts-Schema funktioniert, umschreibt er nach Friedrich Dürrenmatt als das «Physiker-Dilemma»: Soll der Mensch machen, was machbar ist? Bei der Abwägung, ob politische Entscheidungen aufgrund wissenschaftlicher Möglichkeiten oder gesellschaftlicher Bedürfnisse zu fällen seien, spanne ganz rechts oft mit ganz links zusammen.

Rund zwei Drittel der Politiker in National- und Ständerat haben einen Hochschulabschluss. «Im Parlament ist angesichts des permanenten Wahlkampfs heute aber nicht der Typ akademische Politikerin gefragt, sondern der Typ Kommunikatorin», sagt Hermann. «Zudem gibt es eine Verschiebung von Fakten hin zu Meinungen.»

Wir präsentieren auf den nächsten Seiten die Antworten der Parteispitzen auf vier Fragen der Horizonte-Redaktion sowie die Resultate von vier Abstimmungen im Nationalrat, damit Sie sich Ihr eigenes Bild machen können.

Politiker sagen ihre Meinung

ScienceDebate, eine Initiative der Akademien der Wissenschaften Schweiz und des Schweizerischen Nationalfonds in Zusammenarbeit mit der Online-Wahlhilfe Smartvote, hat dreizehn wissenschaftspolitische Fragen für Politiker ausgearbeitet. Auf www.scientencedebate.ch werden neben den Argumenten der Parteipräsidentinnen und -präsidenten die durchschnittlichen Antworten aller Kandidierenden der Nationalratswahlen 2015 nach Partei aufgeführt.

Wissenschaftspolitik auf 200 Zeichen

Die Präsidentinnen und Präsidenten der sieben grössten Schweizer Parteien beziehen Stellung

Sollte der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes stärker berücksichtigt werden?

Sollten Regierung und Behörden stärker Einfluss darauf nehmen, welche Forschung finanziert wird?



Martin Bäumle, GLP

Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte sollen bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes ein wichtiges Kriterium sein. Die Finanzierung der Grundlagenforschung kann davon ausgenommen werden.

Durch die Definition der Kriterien für die Vergabe von Forschungsgeldern kann die Politik bereits heute die Finanzierung der Forschung in ausreichendem Ausmass beeinflussen.



Toni Brunner, SVP

Forschung soll nicht Selbstzweck, sondern anwendungsorientiert sein. Der gesellschaftliche und insbesondere der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten sollte stärker berücksichtigt werden.

Forschung ist keine Kernaufgabe des Staates. Der Staat sollte sich eher für günstige Rahmenbedingungen für Forschende einsetzen, statt zu viele Steuergelder mit der Giesskanne zu verteilen.



Christophe Darbellay, CVP

Forschung und Innovation können und müssen dem wirtschaftlichen Fortschritt dienen und den Wissensstand fördern. Insofern soll der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten berücksichtigt werden.

Nein. Der Bund gibt ungefähr einen Viertel seiner Mittel für Forschung und Entwicklung an den Schweizerischen Nationalfonds. Der SNF fördert damit die Forschung. Das soll nicht geändert werden.



Martin Landolt, BDP

Forschungsprojekte definieren sich dadurch, dass der konkrete wirtschaftliche Nutzen nicht von Anfang an klar ist. Alles andere würde die Forschung in ihrer Breite zu stark einschränken.

Die BDP begrüßt zum Beispiel Forschungsprogramme im Bereich der erneuerbaren Energien. Die richtige Mischung zwischen staatlicher Einflussnahme und Forschungsfreiheit muss aber garantiert werden.



Christian Levrat, SP

Die Verteilung der Bundesfördermittel hinsichtlich der Forschungszwecke ist heute ausgewogen. Eine stärkere Ausrichtung am wirtschaftlichen Nutzen würde die Forschungsfreiheit in Frage stellen.

Es bestehen bereits ausreichend Instrumente, um demokratisch abgestützte Schwerpunktprogramme gemäss aktuellen und künftigen gesellschaftlichen Bedürfnissen umzusetzen.



Philipp Müller, FDP

In der Grundlagenforschung ist ein wirtschaftlicher Nutzen meist nicht erkennbar – daher sollen Wissenschaftler und nicht Politiker entscheiden, welche Forschungsprojekte das grösste Potenzial haben.

Die Unabhängigkeit von Forschung (und Lehre!) ist ein hohes Gut und ist zu garantieren. Eine politische Einflussnahme ist auf jeden Fall zu verhindern.



Regula Rytz, GPS

Nein. Aber die Forschung muss helfen, den Herausforderungen des Jahrhunderts zu begegnen; dazu gehören die Verknappung der Ressourcen und der Klimawandel mit seinen weitreichenden Folgen.

Schon heute kann der Bundesrat nationale Forschungsprogramme auslösen und Forschungsschwerpunkte setzen, die zentrale Problemstellungen unserer Gesellschaft erforschen. Das soll so bleiben.

Soll die Nationalität bei der Berufung von Professorinnen und Professoren eine Rolle spielen?

Bei der Besetzung von Professorenstellen ist die fachliche und pädagogische Qualität der Kandidatinnen und Kandidaten zu beurteilen, nicht die Nationalität.

Der von Volk und Ständen angenommene Verfassungsartikel zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung durch Inländervorrang und Kontingente muss auch beim Arbeitgeber Hochschule gelten.

Grundsätzlich soll die Nationalität keine Rolle spielen. Sind Professorinnen und Professoren mit schweizerischer Nationalität und den gesuchten Qualifikationen verfügbar, sollen sie bevorzugt werden.

Es ist für Forschungsinstitutionen elementar, bei der Personalrekrutierung nicht durch starre Kontingente behindert zu werden.

Eher nein. Ziel muss sein, dass die besten Leute an unseren Hochschulen tätig sind.

Die Unabhängigkeit der Lehre gilt auch bei der Berufung von Lehrpersonen. Will die Schweiz ihre Spitzenposition im Bereich Forschung behalten, sollen die am besten geeigneten Personen berufen werden.

Nein. Forschung und Lehre sind heute international. Es darf nur um das Profil und die Qualifikation gehen. Wichtig ist, in die Nachwuchsförderung und die bessere Vertretung von Frauen zu investieren.

Sollen wissenschaftliche Erkenntnisse in der Politik eine grösse Rolle spielen?

Eine evidenzbasierte Politik ist zu befürworten. Die Wissenschaft kann dabei helfen, der Politik die realen Gegebenheiten und mögliche Lösungswege aufzuzeigen.

Die Wissenschaft soll als Teil der Gesellschaft weiterhin ihre Erkenntnisse, Anliegen und Lösungsvorschläge einbringen, im Wissen darum, dass es keine einheitliche wissenschaftliche Meinung gibt.

Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen in der Politik eine Rolle spielen, aber sie müssen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext diskutiert werden. Hier beginnt die Rolle der Politik.

Es wäre wünschenswert, wenn sich die Politik vermehrt wissenschaftlicher Erkenntnisse bedienen würde, um nachhaltige Lösungen zu finden.

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für politische Entscheide eine wichtige Voraussetzung. Die Freiheit der Politik, Entscheide zu treffen, ist ebenso wichtig wie die Freiheit von Forschung und Lehre.

Etwas mehr Wissenschaft und etwas weniger Ideologie würden dem Parlament gut tun. Die Wissenschaft selbst muss aber in einen viel intensiveren Dialog mit der Bevölkerung – dem Souverän – treten.

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind heute schon wichtig und werden in der Politik mit einbezogen. Für viele Fragestellungen gibt es aber keine eindeutige wissenschaftliche Antwort.

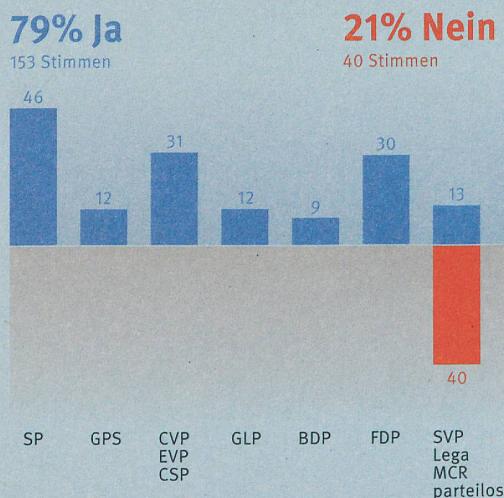
Wie der Nationalrat abgestimmt hat

In der Legislaturperiode bis Frühjahr 2015 gab es 106 Nationalratsabstimmungen, die dem Bereich «Wissenschaft und Forschung» zugeordnet wurden. Wir haben vier Abstimmungen ausgewählt, die für den Forschungsplatz Schweiz wichtig sind.

TEILNAHME AN HORIZON 2020

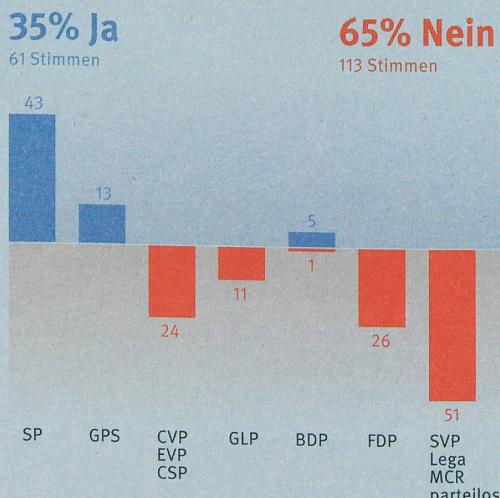
Durch die Schweizer Beteiligung von 4,4 Milliarden Franken am EU-Forschungsprogramm können sich Schweizer Wissenschaftler um EU-Gelder bewerben.

Förderung von Forschung und Innovation in den Jahren 2014–2020 (27. 9. 2013, Geschäft 13.022-2)



ERNEUERUNG DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

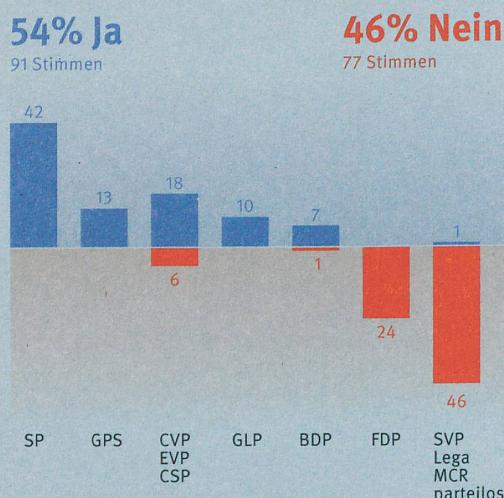
Mit Hilfe eines nationalen Aktionsplans sollen sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen modernisiert und längerfristige Forschungsstellen geschaffen werden. *Modernisierung und Entwicklung der Forschung in den Sozialwissenschaften (19. 3. 2014, Geschäft 12.3217)*



MEDIKAMENTE OHNE PATENT ERFORSCHEN

Förderung von Studien über Medikamente, deren Patentschutz abgelaufen ist und die deshalb nicht mehr erforscht werden.

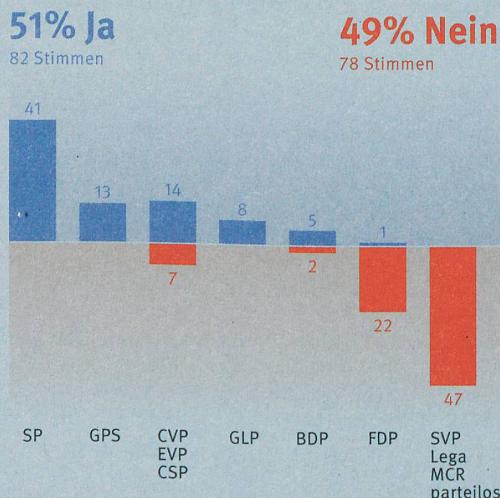
Verlässliche Entscheidungsgrundlagen für die Arzneimitteltherapie (9. 3. 2015, Geschäft 14.4007)



DIE WISSENSCHAFTSKARRIERE REFORMIEREN

Ein Programm für einen Umbau der wissenschaftlichen Karrierestrukturen an Schweizer Hochschulen soll ausgearbeitet werden.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz (9. 3. 2015, Geschäft 15.3000)



Die Details zu den Vorlagen können mit der Geschäftsnummer auf folgender Webseite gefunden werden: <http://bit.ly/parlsci>